

Dr. Thomas de Maizière

Bundesminister a.D.

## **Festrede zum Tag der Deutschen Einheit**

**3. Oktober 2026**

**Sächsischer Landtag Dresden**

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort.

Die Geschichte meiner Familie ist eng mit der deutschen Einheit verknüpft. Wir sind eine geteilte Familie. Die deutsche Teilung führte dazu, dass wir uns nur unter erschwerten Bedingungen von West nach Ost besuchen durften. Wegen des Berufes meines Vaters gab es Reisebeschränkungen auch in West-Ost-Richtung.

Mein Vetter Lothar wurde am 10. November 1989, also einen Tag nach dem Mauerfall, Vorsitzender der Ost CDU. Seit dieser Zeit wurde ich sein Berater, später dann auch im Amt des Ministerpräsidenten. Auf DDR-Seite verhandelte ich den deutsch-deutschen Einigungsvertrag mit. Das werde ich nie vergessen. In dieser Zeit lernte ich übrigens auch Angela Merkel kennen. Ich war sieben Jahre beruflich im Westen (wenn auch in West-Berlin) tätig, aber danach war ich über 30 Jahre beruflich oder durch meinen Hauptwohnsitz mitsamt meiner ganzen Familie in den ostdeutschen Ländern. Heute ist Dresden meine Heimatstadt. Das Thema deutsche Einheit ist das Lebensthema für mich und meine ganze Familie.

Ich kann und werde nicht aus erster Hand über die friedliche Revolution sprechen, wohl aber über das Zustandekommen der deutschen Einheit und die Zeit seitdem.

Und das will ich gerne tun. Die Einladung, hier und heute im sächsischen Landtag zum Tag der Deutschen Einheit zu sprechen, empfinde ich als Ehre.

Eine normale Rede zum Tag der Deutschen Einheit, die Sie sicher schon oft gehört haben, geht in etwa so:

- Der Mut der Ostdeutschen führte die erste friedliche Revolution der deutschen Geschichte erfolgreich.
- Das Wunder der deutschen Einheit verdanken wir vot allem Helmut Kohl und Michael Gorbatschow.
- Seitdem ist viel erreicht.
- Es bleibt noch viel zu tun.
- Die innere Einheit dauert länger, als wir das erhofft haben.

Eine solche Rede ist nicht einmal falsch. Und dennoch will ich es heute einmal anders anlegen. Vielleicht wird das manche von Ihnen irritieren oder für viele ungewohnt klingen. Aber ich versuche es mal auf diese meine Weise:

Für die Ursachen für das Ende der DDR, für den Weg zur deutschen Einheit und für die Entwicklung danach im wiedervereinigten Deutschland gibt es verschiedene Versionen. Ich will einige - nicht einmal vollständig – kurz, und sicher polemisch verkürzt, vortragen.

Ich trage die verschiedenen Versionen im Indikativ und nicht im Konjunktiv vor. Dann klingt es drastischer. Deshalb bitte ich aber darum, genau zuzuhören und das, was ich als eine Version beschreibe, nicht als meine Meinung anzusehen oder zu zitieren.

In diesem Sinne komme ich zur ersten Version:

1. Der Mut der Ostdeutschen, namentlich der Bürgerrechtler, die Kraft der Kerzen, die Unterstützung der Kirchen, die Macht der Friedfertigkeit haben die Diktatur beendet und die Mauer von Ost nach West eingestürzt. Aus dem Ruf "Wir sind das Volk" wurde schnell der Ruf "Wir sind ein Volk". Helmut Kohl hat das Fenster der Geschichte entschlossen genutzt. In Dresden vor den Ruinen der Frauenkirche sprach er zum ersten Mal von der Deutschen Einheit. Der amerikanische Präsident George Bush sen. und der Präsident der Sowjetunion Michail Gorbatschow waren entscheidende Partner. Die Bürger der westdeutschen Bundesrepublik haben mit viel Geld den überwiegenden Anteil des Aufbau Ost bezahlt. Es gibt überall blühende Landschaften. Die Umstellung für die Ostdeutschen war hart, aber nach und nach erfolgreich. Jetzt müssen wir nur noch an der inneren Einheit arbeiten. Die Wahlerfolge der AfD sind unverständlich.

Die zweite Version lautet so:

2. Die friedliche Revolution wurde nur von einer Minderheit getragen. Die Mehrheit „stand hinter der Gardine“ (Ilko-Sascha Kowalczyk). Der Ruf nach der deutschen Einheit war in Wahrheit der Ruf nach der D-Mark und nach dem so wahrgenommenen Wohlstand wie im Westen. Das sichtbarste Bild dafür: Otto Schily hielt am Abend der Volkskammerwahl am 18. März eine Banane in die Höhe. Danach wurden die seriösen und wegweisenden Bemühungen um einen dritten Weg für die DDR oder eine neue gemeinsame Verfassung für Gesamtdeutschland klein und madig gemacht. Das war eine verpasste Chance. Der Beitritt war keine Vereinigung auf Augenhöhe, sondern eine Übernahme, eine Landnahme. Aus den „Helden der Revolution wurden die Lehrlinge der Einheit“ (Joachim Gauck). Bis heute sind die ostdeutschen Bürger zweiter Klasse. Bei den führenden Positionen, unter den funktionalen Eliten, sind die Ostdeutschen unterrepräsentiert und damit diskriminiert.

Und nun zur dritten Version:

3. Die friedliche Revolution war gar keine klassische Revolution. Der Untergang der DDR konnte nur Erfolg haben wegen der desaströsen wirtschaftlichen Lage der DDR. Das Ende der DDR war nicht der Erfolg von Bürgerrechtlern oder der Bevölkerung der DDR, sondern das Ergebnis des Zusammenbruchs eines ökonomischen Systems. Die DDR war einfach pleite. Konsequenterweise hatte die DDR-Wirtschaft keine Chance und in deren Gefolge auch das politische System nicht. Die Zugeständnisse Gorbatschows waren nicht weise Staatskunst, sondern Ausdruck politischer und ökonomischer Schwäche der Führung der Sowjetunion. Der ökonomisch falsche Umstellungskurs von der Mark der DDR zur D-Mark gab der Wirtschaft in der DDR ab dem 1. Juli 1990 und in den ostdeutschen Ländern danach den Rest.

Die Treuhand zerlegte die letzten erfolgreichen Bestandteile der DDR-Wirtschaft. Die ostdeutschen Länder sind heute verlängerte Werkbänke des Westens. Die wirtschaftliche Angleichung kommt nicht vom Fleck.

Die vierte Version geht so:

4. Die friedliche Revolution in der DDR war in Mittel- und Osteuropa erst eine der letzten Umwälzungen. In Polen, in der Tschechoslowakei, in Ungarn und in den baltischen Staaten begann alles früher und ohne große Hilfe aus dem Westen. Der Beitritt zur EU kam dort später und musste erst von der Bevölkerung hart erarbeitet werden. Das Tempo des deutschen Einigungsprozesses und der Freiheitsbewegungen der Mittel- und ostdeutschen Staaten war zu schnell und hat alle überfordert. So hat es erst die Sowjetunion zerlegt und dann Russland gedemütigt. Das führte zum Sturz Gorbatschows. An den politischen Kosten seit dem Sturz Gorbatschows und dem Chaos unter Jelzin zahlen wir noch heute. Die Erweiterung der EU und vor allem der NATO, die wachsende Freiheit des Westens wird von Putin als Einkreisung und Bedrohung Russlands verstanden. Der Zerfall der Sowjetunion ist für ihn das größte Unglück des letzten Jahrhunderts. Er will das ganze Russland vereinen und im Vorfeld keiner NATO oder EU. Ein neutrales Deutschland und der Aufbau einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur unter Einbeziehung von Russland hätte all das verhindern können.

Eine fünfte und letzte Version beschreibe ich so:

5. Ob erwünscht oder nicht, der politische und wirtschaftliche Prozess zu einer schnellen Deutschen Einheit auf der Grundlage eines „Beitritts zum Grundgesetz“ war - auch wegen der ökonomischen Schwäche der DDR - von der übergroßen Mehrheit der Menschen in der DDR höchst genau so erwünscht. Er war finanziell zwingend. Ein langsames Zusammenwachsen war ökonomisch naiv. Die täglichen Kosten zur Aufrechterhaltung des normalen Lebens bis hin zum Geld für das Anpflanzen von Getreide wuchsen jeden Tag exponentiell und waren in der DDR schlicht nicht mehr da. Jeden Monat beantragte die DDR-Regierung seit dem Frühjahr 1990 hohe Kredite bei der Bundesregierung zur Abwendung der Zahlungsunfähigkeit. 400 - 600.000 Menschen haben allein zwischen dem Mauerfall und dem Tag der Deutschen Einheit in nur zehn Monaten die DDR verlassen. Bei einem längeren Prozess der deutschen Einigung wäre diese Zahl noch dramatischer gewachsen. Die deutsche Einheit ist zwar politisch geglückt, aber sie ist wirtschaftlich und sozial missglückt. Der Westen hat zwar viel bezahlt, aber den Solidaritätszuschlag haben von Anfang an auch die Ostdeutschen bezahlt. Die Folgen der Transformation mit extrem hoher Arbeitslosigkeit haben alleine die Ostdeutschen getragen. Überall dort, wo Transformation missglückt, sind die Erfolge rechtspopulistischer Parteien in Europa und in der Welt zu sehen. Insofern ist das höhere AfD Ergebnis im Osten auch eine Folge des falschen Einigungsprozesses.

Soweit fünf verschiedene, sich widersprechende Versionen der Geschichte rund um das Thema Deutsche Einheit. Sie hören sich sicher hart an.

Ich bin der Überzeugung, dass keine dieser Versionen so für sich genommen richtig ist. Aber in jeder dieser fünf Versionen steckt ein Körnchen Wahrheit oder besser eine berechtigte Erklärung. Und für jede Version gibt es kluge oder polemische Bücher. Keine dieser Versionen stimmt allerdings für sich allein mit meiner Erinnerung und der seriösen wissenschaftlichen Aufarbeitung überein. Sie sind alle eindimensional.

Aber ich habe diese fünf Versionen einmal - wenn auch verkürzt - genannt, weil sie bis heute Gegenstand großer Debatten sind, übrigens mehr im Osten als im Westen.

Die Themen „Wie kam es zur deutschen Einheit?“ „Welche Rolle hatte die Treuhand?“ „Ist beim Prozess der deutschen Einheit eine Chance verpasst worden?“ „War die NATO Mitgliedschaft Deutschlands und später der anderen mittel- und osteuropäischen Staaten richtig?“ „Hat das Putin nicht verständlicherweise provoziert?“ – all das sind Themen, die in den ostdeutschen Ländern intensiv diskutiert werden. In den westdeutschen Bundesländern höre ich dazu wenig.

Und in den westdeutschen Ländern wird dagegen – manchmal versteckt – eher gemäkelt, der Aufbau Ost sei so teuer gewesen, sei ein Fass ohne Boden. Jetzt sei der Westen auch mal dran. Man schaue nur auf die Infrastruktur. Und zum „Dank“ wählten die dann auch noch extreme Parteien. Wenn das so weiter ginge, dann müsse man auch mal über die Finanzbeziehungen zugunsten der ostdeutschen Länder reden. So hört man es zunehmend – zunächst noch leise.

Eine ernsthafte gesamtdeutsche Debatte über unsere deutschen Befindlichkeiten gibt es in Wahrheit nicht. Wohl aber gibt es eine heftige und emotionale Debatte der Menschen innerhalb der ostdeutschen Bundesländer über die eigene Verortung, die eigene Identität und die eigene Rolle in ganz Deutschland.

Ob all das wirklich weiterhilft? Nein, natürlich nicht. Aber wir scheinen die rückblickenden und besserwisserischen Debatten über Entwicklungen der Vergangenheit, die man natürlich viel besser hätte voraussehen müssen, ohnehin besonders zu lieben... Das gilt übrigens auch für andere Themen.

Eine verbindliche Ausdeutung des deutsch-deutschen Einigungsprozesses gibt es nicht. Das gibt es aber auch sonst für die Beurteilung von geschichtlichen Prozessen nicht. Viele haben ihre eigenen Erinnerungen und ihre eigene Version. Historiker sind ihrerseits unterschiedlicher Meinung. Es hat auch in der westdeutschen Bundesrepublik Jahrzehnte gedauert, bis sich eine überwiegende Meinung über den Nationalsozialismus, das Kriegsende, den Wiederaufbau und den Umgang mit der deutschen Geschichte konsolidiert hat. Warum sollte es im Umgang mit der Geschichte der Deutschen Einheit anders sein? Mir wäre jedenfalls eine leidenschaftliche und streitige gesamtdeutsche Debatte über das Entstehen der deutschen Einheit und die Folgen danach lieber als eine westdeutsche Unbeteiligung und eine ostdeutsche Selbstbezogenheit. So erleben wir das aber zurzeit.

Sie haben ja keinen Historiker eingeladen, sondern einen Zeitzeugen und jemanden, der danach und bis 2021 politische Verantwortung rund um das Thema deutsche Einheit getragen hat. Ich habe als sächsischer Finanzminister den Solidarpakt II verhandelt und war einige Jahre als Bundesminister des Innern zusätzlich noch der sog. Ostbeauftragte der Bundesregierung.

Ich trage Ihnen heute mit dieser Rede meine persönlichen Bewertungen der Lage vor und gebe ein paar Hinweise für die Zukunft, jeweils ohne Anspruch auf Vollständigkeit und Objektivität.

1. Die deutsche Einheit bleibt für mich ein Glücksfall der Geschichte. Jahrhundertlang waren die Ausdehnung und die politische Struktur Deutschlands in Europa eine Quelle politischer Unruhen und Kriege. Jahrhunderte waren die Grenzen umstritten. Jahrzehntlang nach 1949 war Deutschland geteilt. In Deutschland gab es die weltweit dichteste Ansammlung von Waffen und Soldaten entlang des Eisernen Vorhangs. Die deutsche Einheit aus eigenem politischen Willen, im Einvernehmen mit allen unseren Nachbarn und mit der Sowjetunion und mit tatkräftiger Unterstützung der USA friedlich herbeigeführt zu haben, das ist nicht nur eine große staatspolitische und historische Leistung aller daran Beteiligten, sondern für mich wirklich ein Wunder. Und das lasse ich mir auch nicht nehmen.

Es gab übrigens keine Zusage Deutschlands oder eine geheime Absprache der Bundesregierung mit der Sowjetunion, dass es mit der Wiedervereinigung Deutschlands keine Osterweiterung von NATO oder EU geben würde. Wohl gab es Überlegungen von Hans-Dietrich Genscher dazu, die schnell abgebrochen wurden. Das ist inzwischen historisch erwiesen.

Und was wäre das auch für eine Zusage gewesen: Deutschland hätte über die Köpfe der Polen oder Tschechen über deren Zukunft, über deren Bündniszugehörigkeit entschieden? Was für eine Anmaßung wäre das gewesen.

Außerdem war die Entscheidung der mittel- und osteuropäischen Staaten für die EU und für die NATO deren freie Entscheidung. Ebenso wie unsere.

Nur Diktaturen können sich von Freiheit - verständlicherweise - bedroht fühlen. Niemals ist Freiheit eine Bedrohung für Nachbarstaaten.

Die staatliche Einheit Deutschlands ist in der Tat „vollendet“. Es gibt keinerlei Debatten und Streit mehr in Europa - in diesem Fall außer von Russland - um unsere Grenzen oder irgendwelche Gebietsansprüche. Es gibt keine deutsche Frage mehr. Da gibt es nichts zu verändern oder zu verbessern. Deshalb ist der Begriff vollendet hier völlig richtig. Vollendet im Sinne von abgeschlossen, nicht im Sinne von perfekt.

2. Nicht „vollendet“ ist dagegen die sogenannte innere Einheit. Das kann auch gar nicht anders sein. Innere Einheit kann man nicht vollenden. Ich weiß gar nicht, was eine „innere Einheit“ eigentlich sein soll. Sollen wir alle das Gleiche denken und fühlen? Geht es hier um irgendwelche gleichen inneren Befindlichkeiten? Passt so etwas wie innere Einheit überhaupt zu unserer pluralistischen Gesellschaft und zu unserer föderalen Geschichte? Worauf bezieht sich das „innen“ eigentlich? Auf unser je eigenes Ich? Auf Gefühle? Auf ein irgendwie von außen messbares kollektives Ich oder Wir?

Ja, es gab einige Fehler im insgesamt erfolgreichen Einigungsprozess. Sie haben mit solchen missverständlichen Begrifflichkeiten wie dem Begriff der „inneren Einheit“ zu tun. Ein Fehler war auch der Begriff der „Angleichung der Lebensverhältnisse“. Das war das offiziell so bezeichnete Ziel der Politik und sicher der überwältigende Wunsch der Bevölkerung in den ostdeutschen Ländern. Gemeint war natürlich die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, gesagt haben wir dazu aber Angleichung der Lebensverhältnisse. Das ist aber nicht nur unrealistisch, sondern auch, wenn man es genau überlegt, unerwünscht. Es will doch niemand, dass wir in Deutschland gleiche Lebensverhältnisse haben.

In unserem Grundgesetz heißt es auch nicht „Einheit und Recht und Freiheit“, sondern „Einigkeit und Recht und Freiheit“.

Einigkeit ist richtig und ein sehr wichtiges Ziel. Wir brauchen Einigkeit über unser Grundgesetz, über die Menschenwürde und den Wert der Demokratie. Aber das ist etwas ganz anderes als Einheit oder erst recht innere Einheit. Und im Übrigen ist auch „Einigkeit“ nie vollendet.

Wir sollten also auf den Begriff der inneren Einheit ganz verzichten.

Es gibt noch ein paar andere Begriffe, die gut gemeint waren, aber eine verheerende psychologische Wirkung hatten:

So zum Beispiel der Begriff der „Warteschleife“, der nur die kommende Arbeitslosigkeit verschleiert hat.

Oder das Wort der „Abwicklung“ für die ersatzlose Schließung von Betrieben und vielen sonstigen Einrichtungen.

Es gab auch das zynische Wort von der „Einpassung der Wissenschaftslandschaft“.

Oder die mangelnde Anerkennung der Bildungsabschlüsse, die in der DDR erworben wurden. Diese mangelnde Anerkennung dazu führte, dass der Westen Millionen von Menschen in den ostdeutschen Ländern zu Beginn der Einheit sagte: Ihr seid herzlich willkommen in der deutschen Einheit, bitte arbeitet doch als Erzieherin oder Lehrer weiter. Aber ob wir Eure Ausbildung als gleichwertig anerkennen oder ob Ihr noch etwas nachholen müsst, das sagen wir Euch später.

Das war so nicht in Ordnung.

Was wir dagegen brauchen, das ist mehr Zusammenhalt trotz und wegen unserer Unterschiedlichkeiten.

Es gibt eine neue Generation. Manche nennen Sie die dritte Generation Ost. Diese Generation hat die Zeit 1989/90 als Kinder oder Jugendliche erlebt. Sie ist die erste Generation, die noch teilweise in der DDR sozialisiert, aber im vereinten Deutschland ausgebildet und das Erwachsenwerden erlebt hat. Das ist eine zunehmend selbstbewusste Generation. Sie besetzt nach und nach Führungspositionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Sie ist stolz darauf, sich als ostdeutsch zu bezeichnen, aber das ist nicht spalterisch oder abgrenzend gemeint.

Sie fordern nicht Augenhöhe ein, sondern leben sie. Sie erwarten keine „Anerkennung der Lebensleistung“ durch die Westdeutschen, sondern zeigen, dass sie in vielem besser, stärker und auch ein Stück härter sind. Sie sind ostdeutsche Deutsche. Ich freue mich auf diese Generation. Das ist Zusammenhalt trotz Unterschiedlichkeiten.

3. Die wirtschaftlichen Erfolge des Einigungsprozesses sind beeindruckend. Aber Unterschiede bleiben.

Lassen Sie mich Ihnen hierzu einige Zahlen vortragen:

- Das ostdeutsche Netto-Einkommen pro Haushalt beträgt in den ostdeutschen Flächenländern rund 33.000 €, in den westdeutschen 39.000 €. Das ist ein erheblicher Unterschied.
- Die Zusammensetzung der Bevölkerungen haben sich seit 1989/90 massiv verändert. Man kann fast sagen, dass sich ein Drittel der Bevölkerung ausgewechselt hat. Wir haben rund 5,8 Millionen Wegzüge aus den ostdeutschen Ländern seit 1990 bis 2023. Gleichzeitig haben wir aber auch seit 1990 Zuzüge von rund 4,1 Millionen Menschen in die ostdeutschen Länder, die allermeisten aus den westdeutschen Ländern.
- Diese Zahlen zeigen übrigens auch, dass der Begriff der „Ostdeutschen“ zunehmend schwerer zu definieren ist. Sind das Halle Menschen, die in der DDR geboren sind? Sind das alle Menschen, die heute in den ostdeutschen Ländern leben? Dann sind das Millionen von Menschen, die nicht in der DDR sozialisiert worden sind. Und: Sind die Millionen von Ostdeutschen, die in den sechziger, siebziger, achtziger und neunziger Jahren aus der DDR und später aus den ostdeutschen Ländern in die westdeutschen Länder geflohen, ausgereist, freigekauft oder weggezogen sind, sind diese Menschen und wie lange noch Ostdeutsche? All das ist unscharf geworden. Was ostdeutsch ist, das ist jedenfalls nicht mehr so klar zu definieren, wie das 1989/90 noch war. Mich stört das nicht.
- Die Rentenwerte sind jetzt zwischen Ost und West nahezu gleich. Dies wird leider kaum noch als Erfolg angesehen, obwohl die Lücke der Rentenwerte früher das zentrale Thema für Ungleichbehandlung war. Die Höhe der Rentenauszahlungen, also die Rentenbeträge sind in den ostdeutschen Ländern gerade bei Frauen oft höher. Das liegt an den längeren Erwerbsbiografien ostdeutscher Frauen. Ist es ungerecht, dass jetzt viele ostdeutsche Frauen in absoluten Zahlbeträgen mehr Rente bekommen als westdeutsche? Oder ist das gerecht, weil es Ausdruck unterschiedlicher Erwerbsverläufe ist? Beides wird lautstark vertreten.
- Im Durchschnitt sind die Löhne in den ostdeutschen Ländern immer noch um rund 16 % niedriger als in den westlichen Bundesländern. Das ist oft verständliche Quelle von Unmut. Aber genau genommen gibt es keinen Westlohn und auch keinen Ostlohn. Das sind jeweils Durchschnittswerte. Das Lohngefälle zwischen einem Kfz-Mechaniker in München und einem im Bayerischen Wald beträgt beispielsweise ebenfalls mindestens 16 %.  
Übrigens: ein Vergleich zu Frankreich: Die durchschnittlichen Löhne in Paris liegen 22 % über dem nationalen Durchschnitt. In den ländlichen Gebieten von Nordfrankreich ist der Unterschied zu Paris größer als der zwischen Ost- und Westdeutschland. Und zwischen Norditalien und Süditalien gibt es ebenfalls einen Lohnunterschied zwischen 15 und 35 %.  
Nicht alles, was wir als Ergebnis des deutschen Einigungsprozesses bezeichnen, hat damit zu tun. Wie diese Unterschiede gibt es viel prägender Faktoren.
- Ein wirklich erheblicher Unterschied ist und bleibt auf lange Zeit die Lage der Vermögen. Kaum jemand hat im Osten wirklich viel geerbt und es steht auch kurzfristig nicht in Aussicht. Das Vermögen der Ostdeutschen liegt im Durchschnitt bei weniger als 50 % des westdeutschen Durchschnitts. Die Steuereinnahmen der Erbschaftsteuer liegen in Mecklenburg-Vorpommern bei rund 18 Millionen €, in Bayern bei 2,6 Milliarden €. Das ist das Ergebnis von Geschichte. Dieses Vermögensgefälle ist zwar durch kein staatliches Förderprogramm kurzfristig zu ändern. Aber es schmerzt viele. Und das muss man mindestens wissen.

4. Was es immer noch gibt, sind unterschiedliche Befindlichkeiten.

Es gibt noch zu oft so etwas wie eine Belehrungsattitüde West, also eine Art Selbstermächtigung vieler Menschen in den westdeutschen Bundesländern, die Entwicklung und die Haltung und das Wahlverhalten der Ostdeutschen wie folgt zu bewerten: „Ihr seid eben noch nicht soweit.“ „Ihr habt Demokratie noch nicht wirklich gelernt.“ „Ihr braucht noch ein bisschen mehr politische Bildung.“ usw. usw. Viele Westdeutsche erwarten, dass die Ostdeutschen irgendwie so werden wie sie. Dann erst sei die innere Einheit vollendet, um diesen Begriff noch einmal aufzugreifen. Besonders skurril wird es dann, wenn westdeutsche Besucher den Menschen im Osten ihre eigene Geschichte erklären. So eine Belehrungs- oder Überheblichkeits- oder Überlegenheitsattitüde ist vollständig fehl am Platz.

Umgekehrt fühlen sich viele Ostdeutsche auf den zweiten Platz gesetzt. Ob das richtig ist oder nicht, dieses Gefühl ist ein Fakt. Und viele setzen sich auch selbst auf den zweiten Platz. Dann lässt sich das auch gut beklagen. Wer Augenhöhe fordert, befindet sich schon nicht auf Augenhöhe. Wer eine Anerkennung der Lebensleistung durch andere fordert, ermächtigt den anderen dazu, die eigene Lebensleistung zu beurteilen. Der Überlegenheitsattitüde West entspricht bei manchen Menschen in den ostdeutschen Ländern ein Unterlegenheitsgefühl. Es ist unberechtigt, aber es ist da. Und manche pflegen das.

Beides: Überlegenheitsattitüde West und Unterlegenheitsattitüde Ost müssen schleunigst überwunden werden.

5. Es gibt aber nach meiner Meinung andere Faktoren, die für deutsche „Befindlichkeiten“ inzwischen viel prägender sind.

- Das pazifistisch verstandene Friedenthema verbindet westdeutsche Alt- oder Neu-Linke mit vielen Ostdeutschen, aber aus unterschiedlichen Motiven: bei den Westdeutschen ist es eher die alte pazifistische Sehnsucht, bei den Ostdeutschen ist es eher die Einschätzung, dass man sich am besten mit Russland nicht anlegt. Antiamerikanismus verbindet ebenfalls beide.
- Die objektiven oder als subjektiv wahrgenommenen Unterschiede zwischen Stadt und Land bei den Themen Wohnen, Ärzteversorgung, öffentlicher Personennahverkehr, Migration, Stadtbild, Klima, Auto, informelle Sprachregeln sind für viele Verhaltensweisen und Wahlergebnisse inzwischen viel wichtiger als die Befindlichkeiten zum Thema Ost oder West.
- Der Einfluss sozialer Medien ist mindestens auf die junge Generation viel stärker als die historische Prägung ihrer ostdeutschen oder westdeutschen Eltern.
- Die übertriebene Ich-Bezogenheit, also die Beurteilung aller Sachverhalte aus der Position „Nützt mir das oder schadet mir das?“ und die damit verbundene Geringschätzung gemeinschaftsfördernder Haltungen oder Positionen haben nichts mit der Herkunft von Ost oder West zu tun. Das gibt es leider und zu viel überall in Deutschland. Eine ich-bezogene Moralität und die Verallgemeinerung der eigenen Selbstwahrnehmung als Wahrheit oder Bewertungsmaßstab sind ein massives Problem für politische Wirksamkeiten angesichts objektiver Notwendigkeiten. Sie schwächen massiv den Zusammenhalt unseres Landes.

6. Aber natürlich gibt es einige Unterschiede, die etwas mit Ost und West in Deutschland zu tun haben:

- Es gibt eine ostdeutsche Veränderungsmüdigkeit bis hin zur Veränderungsablehnung oder Veränderungswut. Im Jahr 1990 und viele Jahre danach hat sich für die Ostdeutschen alles verändert. Im Einigungsprozess haben wir das komplizierteste Rechts-, Finanz- und Sozialsystem der Welt von einem auf den anderen Tag auf das damals sogenannte Beitrittsgebiet übertragen. Dieses Verfahren und dieses Ergebnis waren damals der ausdrückliche Wunsch der Ostdeutschen, damit da kein Missverständnis aufkommt. Kritiker sagen heute und im Nachhinein, das sei falsch gewesen. Mag sein. 1990 war aber genau das gewollt. Nur eine kleine Minderheit wollte so etwas wie einen „dritten Weg“. Alles sollte so sein wie im Westen. Erst später stellte sich heraus, dass im Westen nicht alles golden ist, was glänzt...
- Diese Transformationen mit sehr hohen Arbeitslosenzahlen und bitteren Erfahrungen in der ersten Hälfte der 90er Jahre sind alles in allem gut bewältigt. 2/3 der Ostdeutschen arbeiten in einem anderen Beruf als vor 1990. Mit neuen Herausforderungen, Umschulungen, ABM, langen Pendelfahrten zur Arbeit usw. Das bleibt - hier im Osten – unvergessen. Aber im Ergebnis war das erfolgreich. Im Westen hat sich dagegen 1990 außer der Postleitzahl nichts verändert. Nun aber werden neue Transformationsleistungen eingefordert: die Globalisierung, IT und Künstliche Intelligenz, neue Bedrohungen der Sicherheit u.v.a.m. Da sagen viele in den ostdeutschen Ländern und mehr als im Westen: Jetzt ist Schluss mit Transformation, mit uns nicht. Schon die Worte Veränderung, Reform, Transformation als solche lösen – unabhängig vom Inhalt - Ablehnungsgefühle aus.
- Es gibt in den ostdeutschen Ländern eine stärkere Kritik an der Moderne, an der Kompliziertheit und an der Unübersichtlichkeit der Welt. Und an Vorgaben aus Berlin und einer Hauptstadtblasen-, Regierungs- und Medienattitüde. Das hat mit dem Sprachgebrauch zu tun, mit Anglizismen, mit Moden, mit Wichtigtuereien, mit mehr Schein als Sein. Man war schon immer gegen Berlin, wo die meisten Kräne standen.
- Und es gibt eine große Empfindlichkeit, wenn die Politik in das private Leben eingreifen will: beim Thema Impfen, bei Essgewohnheiten, beim Heizen, beim Autofahren usw. Ja, das gibt es natürlich in den westdeutschen Bundesländern auch. Aber die Empfindlichkeit, die Verletzlichkeit ist im Osten größer.
- Auch das Gefühl und die Sorge vor einer Überforderung des Staates ist in den ostdeutschen Ländern stärker ausgeprägt als im Westen. Das ist mit einer Enttäuschung verbunden. Viele Ältere haben erlebt, dass ein Staat, dass der eigene Staat zusammenbrechen kann. Sie haben dann erlebt, dass im Westen wirtschaftlich oder habituell nicht alles gut ist – wie vielleicht gedacht oder erhofft. Aber wenigstens hat der Staat funktioniert. Diese Gewissheit gerät jetzt ins Wanken. Das ist zwar auch im Westen so, aber es wird in den ostdeutschen Ländern stärker wahrgenommen und zum Teil als Überforderung der Demokratie bewertet.

Ich komme zum Schluss:

Neulich hatten wir einige Gäste bei uns zum Abendessen, aus Ost und West. Wir diskutierten leidenschaftlich über all diese Themen. Nach einiger Zeit meldete sich ein Gast aus den Niederlanden und sagte: Euer Befindlichkeitsgequatsche geht mir auf den Geist. Das bindet so viele Kräfte nach innen, ist selbstbezogen und interessiert niemanden sonst außerhalb Deutschlands.

Das hat mich nachdenklich gemacht.

Ja, wir können und sollen über uns reden und streiten, auch über unsere Befindlichkeiten. Warum denn nicht? Das tun andere Länder auch.

Aber es sollte uns nicht lähmen. Der eigene Bauchnabel ist nicht das Wichtigste in unserem Leben.

Der Tag der Deutschen Einheit gehört uns Deutschen nicht allein.

Das war nie ein Tag nur für uns. Das zeigt schon der Abschluss des 2- plus 4-Vertrages, der uns erst wirklich unabhängig und souverän gemacht hat – im Einvernehmen mit der Welt.

Deutschland ist auf die Welt verwiesen; historisch, geographisch, politisch, kulturell, ökonomisch. Wir können alleine wenig ausrichten. Und auch nicht alleine unseren Wohlstand erhalten und die sozialen Sicherungssysteme finanzieren.

Wir können uns nicht abschotten von Gewittern in der Welt, von den Entwicklungen der Welt.

Wir können nicht wie im Hotel ein Schild an unsere Grenzen hängen: „bitte nicht stören.“

Einfluss haben wir nur mit verantwortungsvoller Einmischung.

Einflusslos werden wir durch Abschottung. Es liegt in unserem nationalen Interesse, auf die Welt zu schauen und eine starke Rolle in der EU, in der NATO und in der Welt wahrzunehmen. Das ist für mich eine patriotische Haltung. Schwarz-rot-gold ist die Farbe der Freiheit und der Verantwortung.

Am 3. Oktober, dem Tag der Deutschen Einheit, dürfen wir feiern und stolz sein. Ich halte diesen Tag auch für den richtigen Feiertag. Unsere Geschichte kennt glanzvolle Höhen und grauenhafte Tiefen. Dafür steht zum Beispiel auch der 9. November. Warum sollen wir Deutschen nicht auch mal einen Tag haben, an dem wir ohne Bedenken alle feiern und uns freuen können?

Nicht überheblich und selbstzufrieden, aber dankbar für dieses Ergebnis der Geschichte: die Deutsche Einheit.

Aber im Übrigen sollten wir uns am 3. Oktober nicht allzu lange mit deutschen Befindlichkeiten beschäftigen. Und wenn, dann bitte nicht so wehleidig.

Wie wäre es, wir würden am 3. Oktober die großen Aufgaben für uns als Deutsche und für unser Land in den Blick nehmen:

- die Konsequenzen der neuen Sicherheitslage in Europa und in der Welt,
- die Herausforderung für die deutsche Wirtschaft im europäischen und internationalen Wettbewerb,
- die Migration mit allen ihren Folgen, ihren Grenzen und Chancen,
- eine große Staatsreform für einen handlungsfähigen Staat,
- die Folgen der Demographie für unsere Sozialsysteme,
- der Umgang mit künstlicher Intelligenz,
- die Notwendigkeit, im Bereich der Bildung wieder auf einen Spitzenplatz zu gelangen,
- die Debatten über die rechtspopulistische Versuchung in der ganzen Welt.

In diesem Sinne stünde es uns gut zu Gesicht, die Deutsche Einheit dankbar und stolz zu feiern und uns gleichzeitig als Deutsche den Themen der Zukunft zuzuwenden.

Das sind keine rein deutsch-deutschen Themen mehr, aber Zukunftsthemen für unser Land.

Das wünsche ich mir, nicht nur am 3. Oktober, dem Tag der Deutschen Einheit – in Einigkeit und Recht und Freiheit.